

PRÄVENTIVE KINDER- UND FAMILIENPOLITIK

Kapitelredakteur: Karl Janssen

Die Familie steht in Deutschland unter dem besonderen Schutz der Verfassung. Sie ist der erste und wichtigste Lebensort für das Kind, da gerade in den ersten Lebensjahren die entscheidenden Weichen für das ganze Leben gestellt werden.

Familien und Familienleben haben sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten deutlich verändert. Insbesondere eine zunehmende Doppelbelastung durch Familie und Beruf, steigende Scheidungsquoten und eine steigende Zahl von Ein-Eltern-Familien bringen wachsende Herausforderungen für Familien und Gesellschaft mit sich.

Die Gesellschaft reagiert auf diese Herausforderungen oft zu spät und ungenügend. Jedes vierte Kind, jeder fünfte Jugendliche in Deutschland lebt in Armut oder ist akut von Armut bedroht. Gleichzeitig steigen die Fallzahlen und Fallkosten bei den kommunalen Hilfen zur Erziehung kontinuierlich an.

Familie als wichtigster Einflussfaktor gelingenden Aufwachsens

1. Eine rückwärtsgewandte Idealisierung der Familie der Vergangenheit und die Orientierung auf ein festgelegtes Familienideal sind nicht hilfreich. Jedes Kind hat ein Recht auf Familie, auf Geborgenheit, Begleitung und Liebe der Eltern. Für Kinder ist die Familie der wichtigste Ort des Aufwachsens. **Die wichtigsten Weichen für ein gutes Aufwachsen werden in der Familie gestellt.**
2. Die vielfältigen Familienbilder und die unterschiedlichsten Weisen Familien- und Elternverantwortung heute zu leben, sind dabei eine Herausforderung für Mütter, Väter und Kinder selbst, aber auch für eine bürgernahe kommunale Kinder- und Familienpolitik. Gleichwohl: **Wenn Kommunen kinder- und familienorientiert sein wollen, müssen sie die Unterstützung der Familie in den Mittelpunkt ihres Handelns stellen.**

3. **Eine engagierte kommunale Kinder- und Familienpolitik richtet ihr Handeln präventiv und am Kind orientiert aus!** Wenn wir die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen beleuchten, ist es konsequent und richtig, zuerst die Frage nach ihrem Lebensumfeld zu stellen.

*Bedarfsorientierte Grundausrichtung kommunaler
Kinder- und Jugendpolitik*

4. Eine bürgerorientierte kommunale Kinder- und Familienpolitik muss darauf ausgerichtet sein, die vorhandenen Familien- und Lebensformen in ihrer gesamten Bandbreite wertzuschätzen und sich daran zu orientieren. Trotz der realisierten Rechtsansprüche in der Kindertagesbetreuung dürfen **darüber hinausgehende kommunale Kinder- und Familienleistungen nicht als freiwillige Aufgaben verstanden werden**. Sie gehören unabdingbar in den Handlungsrahmen einer zielorientierten erfolgreichen Kommune.
5. Solidarität: Die kommunale Politik muss Kind- und Familien gerichtete Hilfen, problem- und situationsgerecht bereitstellen, das heißt, alle familiären Lebensgemeinschaften mit Kindern müssen gleichermaßen Berücksichtigung finden. Eine verantwortungsvolle kommunale Kinder- und Familienpolitik ist bedarfsgerecht. Bedarfe sind nicht zufällig. **Kommunen müssen ihre Angebote und Ressourcen bedarfsorientiert steuern. Das setzt voraus, dass sie eine zielorientierte Jugendhilfeplanung realisieren.**
6. Pluralität: Für viele Lebenslagen ist ein vielfältiges Unterstützungssystem notwendig, das intelligente **und ganzheitliche Steuerungsverfahren erfordert**, damit die Hilfesysteme nicht beliebig eingesetzt werden. Eine plural ausgerichtete Kinder- und Familienpolitik verhält sich bei der Entwicklung und Bereitstellung ihrer Programme lebenslagen- und bedarfsorientiert. **Dabei muss der Sozialraum der Kinder und Familien besonders im Fokus stehen.**
7. Subsidiarität: Kommunale Kinder- und Familienpolitik muss die notwendigen Programme und Hilfen entwickeln und vorhalten. **Auf keinen Fall sollten ausschließlich staatliche Hilfen das Handlungsprogramm der Kommune bestimmen. Subsidiarität bedeutet zuallererst die Verantwortung des Einzelnen bzw. der Familie.** Den allermeisten Familien gelingt die Erziehung und Bildung ihrer Kinder und Jugendlichen. Kommunale Kinder- und Familienpolitik hat die Aufgabe, die **Selbsthilfemöglichkeiten der Familie zu unterstützen und kommunal zu fördern.**

8. Dabei sollten sich die Kommunen auf ihre Gesamtverantwortung und ihre hoheitlichen Aufgaben konzentrieren. Die Kommunen müssen **in der Bereitstellung kinder- und familienorientierter Leistungen auf die Vielzahl unterschiedlicher Träger setzen und den Familien Wahlmöglichkeiten geben. Sie tragen die Verantwortung für die Vernetzung aller relevanten kommunalen Akteure.**

Das Kind steht im Mittelpunkt

9. **Die Kommunen müssen lernen, vom Kind aus zu denken.** Was ist erforderlich, damit Kinder und Jugendliche in unserer Stadt gut aufwachsen und sich gesund entwickeln können? Die Lebensbedingungen für ein gutes Aufwachsen erfordern den **Gesamtblick einer Kommune über alle ihre Dienstleistungen. Kinder- und Familienpolitik darf nicht versäult alleinige Aufgabe der Jugendämter und Jugenddezernate sein.** Eine am Kind orientierte kommunale Familienpolitik muss gesamtstrategisch alle Bereiche der Kommune betreffen. Die Kommunen müssen die Zusammenarbeit der Dezernate und Ämter und die Vernetzung der Stadtplanung sicherstellen und wollen.
10. Nach dem Motto „Erst die Pflicht und dann die Kür!“ werden in vielen Kommunen zahlreiche Leistungen und Programme als so genannte freiwillige Aufgabe abgewertet. Es werden zu viele finanzielle Ressourcen für den „Reparaturbetrieb“ für reaktive Hilfen aufgewendet. **Die Kommunen müssen erkennen, dass Investitionen in eine aktive Kinder- und Familienpolitik Erfolgsfaktoren sind. Prävention ist Investition! Prävention muss interkommunal und auch gesetzlich verpflichtend abgesichert werden.**
11. **Familie heute ist angewiesen auf Begegnungsmöglichkeiten und Weiterbildungsangebote.** Familien wünschen sich Begegnungsmöglichkeiten sowie Austausch untereinander und mit Fachkräften. Familienleben – besonders in Ballungsgebieten – ist häufig anonym und unpersönlich. Eine gute Nachbarschaft fehlt oft zum täglichen Austausch. Hier greifen Angebote der Familienbildung. Bildungsangebote zu erzieherischen und partnerschaftlichen Themen sowie die Förderung von Elterninitiativen sind wichtige kommunale Projekte. Die kommunale Kinder- und Familienpolitik muss eine aktive Rolle im Aufbau kommunaler Bildungslandschaften haben.

12. Das Leben der Familien ist aufgrund veränderter Rahmenbedingungen zunehmend komplex und schwierig geworden. Aufgrund der komplexen Rahmenbedingungen und vielfältiger Problemlagen brauchen Familien **passgenaue Beratung und Hilfeangebote**. Beratung ist Teil einer wirksamen Prävention und sollte vor Ort plural und in einem Schonraum der Freiwilligkeit und Anonymität angenommen werden können. Vor Ort sind unterschiedlichste Beratungsangebote notwendig. Hierzu gehören Erziehungsberatung, Ehe- und Partnerschaftsberatung, Schwangerschaftskonfliktberatung, Trennungs- und Scheidungsberatung, Schuldnerberatung und Suchtberatung. Die Kommunen müssen hier für eine bedarfsgerechte und ausreichende Angebotsstruktur sorgen.
13. Kinder wachsen nicht nur in ihren Familien auf, sondern auch in frühkindlichen Bildungsinstitutionen. Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung bietet Kindern vielfältige Möglichkeiten, sich zu entwickeln und zu entfalten. Besonders die immer häufiger notwendige oder gewünschte Berufstätigkeit beider Elternteile, aber auch verschiedene Familienkonstellationen wie zum Beispiel der erhebliche Anstieg der Ein-Eltern-Familien, erfordert ein **ausdifferenziertes Angebot an frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung vor Ort**. Familienorientierte Kommunalpolitik muss eine ausreichende Versorgung in der Tagesbetreuung für Kinder bereitstellen. Die Tagesbetreuung für Kinder im Kleinkind- und im Schulkindalter muss weiter ausgebaut werden. **Gleichzeitig ist die Qualität der Angebote zu erhöhen**. Die Tagesbetreuung von Kindern muss gesamtstaatlich, unter den strengsten Regeln der Konnexität geregelt sein. **Die Kommunen benötigen ausreichende finanzielle Ressourcen von Bund und Ländern**. Sie sind verpflichtet, die Bedarfe und die Qualität vor Ort sicherzustellen. Eltern sollten in die Arbeit der Bildungsinstitutionen einbezogen sein. **Fachkräfte müssen dazu qualifiziert werden, dass sie Eltern aktiv unterstützen**. Der Ansatz der Familienzentren ist kommunal weiterzuerfolgen.
14. Gerade die kostenintensiven Programme der **Erziehungshilfen**, die sich in den Kommunen in der Regel nur an überschaubare Personengruppen richten, jedoch mit fast unüberschaubaren finanziellen Rahmenbedingungen, **bedürfen eines weiteren flexibleren Ausbaus**. Die Kommunen vor Ort sind aufgerufen, insbesondere junge Familien bei ihren Erziehungsaufgaben zu unterstützen. Erziehungsberatungsstellen müssen deutlicher zur Pflichtaufgabe der Kommunen vor Ort gehören. Im bundesweiten Durchschnitt werden etwa zehn bis zwölf Prozent der gesamten städtischen Mittel für Jugendhilfeprogramme ausgegeben. Davon ist meist ein Drittel des Jugendhilfeeats für Erziehungshilfe nötig. Es muss den Kommunen in der Zukunft weiterhin gelingen, die **hohen Kosten für reaktive Hilfen umzusteuern – für die präventive Unterstützung junger Familien und zur Stärkung der Elternverantwortung**.

15. Unsere Gesellschaft ist bunter, vielfältiger und internationaler geworden. Die Kommunen sind dafür verantwortlich, den kommunalen Rahmen für ein integratives Zusammenleben sicherzustellen. **Akteure müssen kultursensibel und vorurteilsbewusst auf alle Familien unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem sozio-ökonomischen Hintergrund zugehen.** Die Sprachförderung hat gerade für die Kinder und Familien eine zentrale Bedeutung.

Familien leben nicht auf einer Insel und bestehen nicht immer aus „Vater, Mutter, Kind“, denn Familienformen sind vielfältig geworden. Die Kommunen vor Ort stehen vor der Herausforderung, **Familie als Fundament der Gesellschaft zu verstehen. Sie müssen ihre Programme und Angebote generationenübergreifend auszurichten.**